

Änderungsanträge

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/806**

Staatshaushaltsplan 2007/08

Einzelplan 06: Finanzministerium

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14 / 906-1****14. Wahlperiode****Änderungsantrag der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/806**

Einzelplan 06 Finanzministerium**Kein Stellenabbau in der Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

LANDTAG B-W
07. FEB. 2007 14:15

Kap. 0608 Steuerverwaltung

1. Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamten

	2007	2008
	TSD €	
Statt	418.637,0	419.823,0
Zu setzen	422.637,0	427.823,0

und die Erläuterung entsprechend zu ändern

sowie im Stellenplan für die planmäßigen Beamten in der Bezirksverwaltung (S.165)

		2007	2008
a) A 13 Regierungsrat	statt	116,0	116,0
	zu setzen	126,0	136,0
b) A 12 Amtsrat (St)	statt	1.194,5	1.194,5
	zu setzen	1.204,5	1.214,5
c) A 11 Steueramtmann	statt	1930,0	1930,0
	zu setzen	1970,0	2010,0
d) A 9 Amtsinspektor (St)	statt	1606,0	1606,0
	zu setzen	1646,0	1686,0

2. Titel 422 03 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl.

	2007	2008
	TSD €	
Statt	13.900,0	13.900,0
Zu setzen	15.060,0	16.220,0

sowie im Stellenplan für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst u. dgl. (S. 170)
in der Bezirksverwaltung

a) Anwärter und Dienstanfänger		2007	2008
Finanzanwärter (gehobener Dienst)	statt	890	890
	zu setzen	990	1090

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Die Personaleinsparungen der vergangenen Jahre bei der Steuerverwaltung des Landes haben mit dazu beigetragen, dass erhebliche Vollzugesdefizite zu verzeichnen sind. Dabei sind solche Personaleinsparungen auch finanzwirtschaftlich kontraproduktiv, weil damit deutliche Steuermindereinnahmen verbunden sind.

Der Antrag begehrt deshalb 100 zusätzliche Planstellen für die Steuerverwaltung sowie 100 zusätzliche Ausbildungsstellen bei den Anwärtern für 2007 bzw. 200 Planstellen und 200 Anwärterstellen für 2008. Mit diesen Einstellungen werden die von der Landesregierung vorgesehenen Personaleinsparungen in der Steuerverwaltung für 2007/08 rückgängig gemacht. Die hierfür notwendigen zusätzlichen Personalkosten werden mehr als gedeckt durch die voraussichtlichen Mehrergebnisse, die das zusätzliche Personal in der Steuerverwaltung erzielt.

Landtag von Baden-Württemberg

Drucksache 14 / 906-2

14. Wahlperiode**Änderungsantrag der Fraktion der SPD**

**zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2007 und 2008
zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drs. 14/806**

Einzelplan 06 Finanzministerium**Erhöhung der Ausschüttung der LBBW**

LANDTAG B-W
07.FEB.2007 14:15

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 0620 Betriebe und Beteiligungen

Titel 121 21 Gewinne aus Unternehmen juristischer Personen des
 öffentlichen Rechts

	2007	2008
	TSD €	
Statt	133.636,0	128.636,0
Zu setzen	160.636,0	182.636,0

und in der Erläuterung bei Zeile 1. Landesbank Baden-Württemberg unter Ausschüttung 2007 statt bisher 27.136,0 Tsd. EUR neu zu setzen 54.136,0 Tsd. EUR sowie unter Ausschüttung 2008 statt bisher 27.136,0 Tsd. EUR den neuen Betrag 81.136,0 Tsd. EUR zu setzen und die Summen entsprechend zu ändern.

Stuttgart, 6. Februar 2007



Vogt, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

Bei einem Anteilswert des Landes an der LBBW von mindestens 4 Mrd. Euro ist die bisherige jährliche Ausschüttung von rd. 27 Mio. Euro zu wenig. Angesichts der ausgezeichneten Ertragslage der Bank soll deshalb darauf hingewirkt werden, die Ausschüttung für 2007 zu verdoppeln. Durch die Unternehmenssteuerreform 2008 wird die LBBW zusätzlich steuerlich stark entlastet. Deshalb ist es angemessen, die Ausschüttung 2008 noch einmal deutlich anzuheben. Die Landesregierung soll zusammen mit dem Anteilseigner Stadt Stuttgart, die in anderem Zusammenhang kürzlich finanzielle Forderungen an das Land gestellt hat, mit ihrer gemeinsamen Mehrheit in den Gremien der Bank eine entsprechende Erhöhung der Ausschüttung erreichen.